

Ehrenmedaille für die PHGR

Nächsten Mittwoch wird die **Pädagogische Hochschule Graubünden (PHGR)** für ihre Arbeit im Informatikunterricht ausgezeichnet.

INFORMATIKUNTERRICHT Am kommenden Schweizer Tag für Informatikunterricht (STIU) in Aarau wird die Pädagogische Hochschule Graubünden (PHGR) für ihre Pionierarbeiten im Programmierunterricht an den Bündner Primarschulen mit einer Ehrenmedaille geehrt.

Seit 2010 engagiert sich die PHGR für zeitgemässen Informatikunterricht im Graubünden und unterstützt als die erste kantonale PH die Pionierprojekte im Informatikunterricht an verschiedenen Bündner Primarschulen. Im Januar wird die Ehrenmedaille des Ausbildungs- und Beratungszentrums für Informatikunterricht der ETH an die PHGR verliehen. Zudem werden die Didaktik-Forscher Bernard Matter und Pascal Lütcher mit individuellen Ehrenmedaillen für ihre Beiträge zur Integration des Programmierens im Geometrieunterricht an Primarschulen ausgezeichnet.

Lütcher und Matter haben sich seit vielen Jahren für die praktische Umsetzung des Informatikunterrichts an Primarschulen eingesetzt und haben wesentlich zu der Entwicklung und Bekanntmachung von Informatikunterrichtsmethoden auf frühen Altersstufen beigetragen. Im Rahmen der Pilotprojekte konnten in einzelnen Gemeinden (Domat Ems, Saas, Davos) alle Primarschulkinder eine Basis an Informatikunterricht erhalten. Die Resultate dieser Projekte führten Matter und Lütcher zu neuen Unterrichtsansätzen durch die Integration informatischer und mathematischer Themen, was sie in neue Unterrichtsmittel und Unterrichtsansätze einfließen lassen.

Im Kontext des neuen Lehrplans 21 ist das Thema Informatik für alle Deutschschweizer Primar- und Sek I Schulen besonders aktuell. Die PHGR ist mit ihrer Informatikdidaktik-Kompetenz und den Ausbildungen der Lehrpersonen vielen Kantonen voraus, sodass viele Kinder schon vor 2017 vom Informatikunterricht profitieren werden.

Nicht nur Lehrpersonen, sondern auch Eltern und alle Interessierten können am Schweizer Tag für Informatikunterricht in Aarau einen plastischen Eindruck vom Spektrum und Potenzial des künftigen Informatikunterrichts gewinnen und erfahren, wie konkreter Unterricht an Volksschulen und Maturitätsschulen gestaltet werden kann. (BT)

Bildungskommission statt Schulrat

Am 9. Februar entscheidet das **Churer Stimmvolk** auch über eine neue Organisationsform für die Führung der Stadtschule Chur. Der Schulrat soll durch eine **Bildungskommission** ersetzt werden.

CHRISTIAN BUXHOFFER

D

Der Churer Gemeinderat hat an seiner Sitzung vom November die Weichen für eine neue Organisationsform für die Führung der Stadtschule Chur gestellt. Zum einen wurde die Schulleitung gestärkt und neu geregelt, zum andern beschloss das Parlament, den Schulrat durch eine Bildungskommission zu ersetzen. Über die Abschaffung des Schulrates kann das Churer Stimmvolk entscheiden, da hier eine Teilrevision der städtischen Verfassung erforderlich war, die dem obligatorischen Referendum unterstellt ist.

Schulrat und Stadtrat trennen

Die Idee, den Schulrat durch eine Bildungskommission zu ersetzen, geht auf einen Auftrag von Gemeinderat Dominik Infanger «zur Bildung eines unabhängigen Schulrats» zurück. Dem FDP-Politiker ging es damals in erster Linie um ei-



ne klarere Trennung von Stadtrat und Schulbehörde. Konkret sollte das mit der Leitung des Bildungswesens betraute Mitglied – derzeit



Initiierte mit seinem Vorstoss den Systemwechsel: FDP-Gemeinderat **Dominik Infanger** (links, neben Franco Lurati). (FOTO YANIK BÜRKL)

SP-Stadträtin Doris Caviezel – nicht mehr dem Schulrat angehören und in diesem Gremium höchstens noch mit beratender Stimme Einsitz nehmen. Der Stadtrat oder das zuständige Stadtratsmitglied habe sämtlich vom Schulrat zu behandelnden Geschäfte vorzubereiten und darüber Antrag zu stellen.

Der Stadtrat prüfte in der Folge mehrere Varianten und berücksichtigte dabei auch die Entwicklungstrends auf nationaler Ebene. So ergebe sich die Chance, die Schulführung an der Stadtschule «neu und fortschrittlich zu regeln», schrieb er einleitend zu seinem Vorschlag, den elfköpfigen Schulrat durch eine neunköpfige Bildungskommission zu ersetzen.

Neunköpfiges Gremium

Den entsprechenden Vorschlag hiess das Parlament im November

praktisch einstimmig gut. Das neue Gremium soll aus einem Präsidenten oder einer Präsidentin sowie acht weiteren Mitgliedern bestehen. Umstritten war in der Vorberatungskommission und in der Ratsdebatte eigentlich nur die Frage, wie diese Kommission zusammengesetzt werden soll.

Eine klare Mehrheit stimmte dafür, dass die Fraktionen des Gemeinderates proportional zu ihrer Stärke in der Bildungskommission vertreten sein sollen. Hans Martin Meuli (FDP) und Christian Durisch (SVP) hatten vergeblich für eine viel offenere Zusammensetzung des Gremiums plädiert, um mehr Fachkräfte aus dem Bildungsbereich und weniger Gemeinderäte einsetzen zu können. Zuvor war schon Thomas Hensel mit seinem Antrag, die Parteien «müssten proportional» zur Fraktionsstärke in

der Bildungskommission vertreten sein, gescheitert. Der Rat wählte die flexiblere «soll»-Formulierung und damit den freiwilligen Proporz. So müssen von den sieben durch den Gemeinderat zu wählenden Mitgliedern fünf aus den Reihen des Parlaments stammen. Das Fachwissen wird durch unabhängige Bildungsfachleute eingebracht, die vom Stadtrat bestimmt werden. Zudem nehmen die Vorsteherin oder der Vorsteher des zuständigen Departements und ein Mitglied der Schuldirektion in der Regel mit beratender Stimme in der Bildungskommission Einsitz.

Geringere Kosten

Aufgrund der neuen Aufgaben der Bildungskommission, die sich ausschliesslich mit strategischen Fragen zu befassen haben wird, verringern sich gegenüber der bisherigen Lösung die Kosten. Zudem erhält die Schule im Gemeinderat dank der Zusammensetzung Bildungskommission mehr Gewicht.

Schulrat skeptisch

Der Schulrat selbst ist von der Neuerung nicht sonderlich begeistert. Er hatte vom städtischen Vorschlag in ablehnendem Sinn Kenntnis genommen, weil er eine «Politisierung der Bildungsthemen» befürchtet, verzichtete aber im Vorfeld der Gemeinderatsdebatte auf eine negative Stimmungsmache. So dürften denn auch alle grossen städtischen Parteien die Ja-Parole beschliessen. (CB)

«Die Kirche muss missionarischer werden»

Die Kirche müsse «mutiger und missionarischer» werden. Dies sind die **Schlussfolgerungen von Bischof Vitus Huonder** bei der Auswertung des Fragebogens aus Rom zur Bischofssynode 2014.

Nachdem bereits verschiedene Diözesen in Deutschland die Auswertung des Fragebogens aus Rom zur Bischofssynode 2014 betreffend «Die pastoralen Herausforderungen der Familie im Kontext der Evangelisierung» veröffentlicht haben, gehe auch das Bistum Chur diesen Weg – «im Sinne der Transparenz», wie es in der Medienmitteilung von gestern heisst.

Beim Fragebogen von Papst Franziskus gehe es um eine Erhebung der Situation, nicht um eine Meinungsumfrage zur kirchlichen Lehre. Die Auswertung des Original-Fragebogens im Bistum Chur zeige, ähnlich wie in Deutschen Diözesen, dass die Lehre der katholischen Kirche und die Lebenspraxis vieler Gläubigen auseinandergehen würden: «Es zeigt sich, dass einer Mehrheit der Gläubigen wesentliche Inhalte der katholischen Glaubenslehre nicht mehr bekannt sind.» Oft beschränke sich das Wissen auf Schlagworte zu gewissen Vorgaben, die isoliert sowie ohne sinnstiftenden Glaubenshintergrund wahrgenommen würden und die deshalb nicht innerlich angenommen werden könnten. Dazu passend zeige die Auswertung eine wiederkehrende Erfahrung aus der Seelsorge: «Viele Gläubige nehmen die Lehre der Kirche dankbar an, wenn sie ihnen liebevoll, aber unverkürzt nahegebracht wird.» So sei der grosse Mangel an Kenntnis dessen, was der Glaube der Kirche wirklich beinhalte, einer der Hauptgründe für das Auseinanderdriften zwischen dem Lebensstil vieler Gläubigen und der

kirchlichen Lehre, sind die Verantwortlichen des Bistums Chur überzeugt. Schwierigkeiten ergäben sich auch aus der Situation heraus, dass oft nicht beide Ehepartner gleich denken, aber auch aufgrund einer Arbeitswelt und Freizeitkultur, die das Zusammenhalten schwierig mache.

Mangel an Glaubenswissen

Die Auswertung des Fragebogens zeige, dass der Mangel an Glaubenswissen zu gross sei, um darin nicht auch ein Versagen der kirchlichen Verkündigung zu erkennen. Aus der Auswertung sei erkennbar, dass es die Kirche in der Schweiz, um in einer säkularisierten Gesellschaft

nicht anzuecken, zumindest teilweise versäumt habe, den unverkürzten Glauben gelegen oder ungelegen darzulegen. Es sei deshalb wichtig, dass die Kirche wieder «mutiger und missionarischer» werde, heisst es in der von Bischof Vitus Huonder unterzeichneten Stellungnahme. Ungenügend vorbereitete Paare sollten beispielsweise nach seiner Auffassung «noch nicht kirchlich getraut werden». Die Diözese Chur organisiere jährlich Vorbereitungskurs: «Wo jedoch verbindliche Standards fehlen, neigen viele Brautpaare dazu, nur ein Minimum in die Ehevorbereitung zu investieren.»

Die Kirche habe sich «vielleicht aus falscher Scheu» aus eher per-

sönlichen Themen herausgehalten, um nicht bei den Leuten anzuecken: «Nicht wenige Seelsorger und Laienmitarbeiter behandeln die Gläubigen mehr und mehr wie Kunden, die sie wegen der rückläufigen Mitgliederzahlen nicht verlieren möchten, vor allem weil es sich ja um steuerzahlende Mitglieder handelt», heisst es in der Stellungnahme weiter. Bei aller pastoralen Klugheit sei es sicher sehr schwer, den Gläubigen mit dem unverkürzten Anspruch des Glaubens entgegenzutreten, wenn diese zugleich das Einkommen der Seelsorger durch die erhobenen Steuern sichere: «Das Kirchensteuersystem kann so die prophetische Kraft der Verkündigung und den missionarischen Geist behindern.»

Wichtiges Thema

Das Bistum Chur glaube daran, dass ein «besseres, mit dem Herzen angenommenes Glaubenswissen» in Zukunft wieder zu einem vertiefteren Glaubensleben führen könne. Das Bistum habe in der Beantwortung des Fragebogens zudem konkrete Vorschläge gemacht zu einer Seelsorge, «welche die Nöte der Menschen erkennt, aber zugleich den Glauben der Kirche als Massstab für diese Seelsorge respektiert.» Der Bischof von Chur sei dankbar, dass mit der Umfrage von Papst Franziskus eine vertiefte Beschäftigung mit der Familienpastoral im Kontext der Evangelisierung möglich werde. Er empfehle die Arbeit der kommenden Bischofssynode dem Gebet der Gläubigen. (BT)



Blick auf das **Bischöfliche Schloss**, dem Amtssitz von Bischof Vitus Huonder. (FOTO OLIVIA ITEM)

INSERAT

www.kinochur.ch
KINOAPOLLO Badusstrasse 10 081 258 34 34

Die schwarzen Brüder – Verfilmung des Jugendbuches von Lisa Tetzner durch Xavier Koller. Ein Abenteuer für die ganze Familie.
18.00 Deutsch ab 8 J.

Der Hobbit: Smaugs Einöde – Zweiter Teil der Mittelerde-Trilogie von J.R.R. Tolkien
In **HFR 3D** (erhöhte Eintrittspreise)
20.15 Deutsch ab 12 J.

KINOCENTER Theaterweg 11 · 081 258 32 32

Arthouse Kinofilme Montag und Dienstag
Die Frau, die sich traut – Eine 50-jährige erfüllt sich ihren letzten Wunsch. Tragikomödie mit einer großartigen Steffi Kühnert in der Hauptrolle.
18.30 Deutsch ab 12 J.

Das erstaunliche Leben des Walter Mitty – Neuverfilmung eines Hollywoodklassikers um einen chronischen Tagträumer mit Ben Stiller.
18.30 Deutsch ab 12 J.

Buddy – Michael Bully Herbig versucht als trotteliger Schutzengel, aus einem egoistischen Hallodri einen mitfühlenden Gut-Menschen zu machen.
18.45 Deutsch ab 12 J.

Der Medicus – Die Verfilmung von Noah Gordons Weltbestseller bietet opulentes Historienkino.
20.30 Deutsch ab 12 J.

Die schwarzen Brüder – Verfilmung des Jugendbuches von Lisa Tetzner durch Xavier Koller. Ein Abenteuer für die ganze Familie.
21.00 Deutsch ab 8 J.

Paranormal Activity: Die Gezeichneten – Im neuesten Teil der erfolgreichen Serie wird ein normaler Junge von einem Dämon besessen.
21.00 Deutsch ab 16 J.

Jugendschutz: Unbegleitet dürfen Jugendliche unter 16 Jahren und Kinder im Rahmen des festgelegten Zutrittsalters Filmvorführungen besuchen, die bis spätestens 21.00 Uhr beendet sind. In Begleitung Erwachsener dürfen sie alle Filmvorführungen besuchen, falls sie das festgelegte Zutrittsalter nicht um mehr als 2 Jahre unterschreiten. Die Verantwortung für die Einhaltung der Altersbestimmungen liegt bei der Begleitperson.